Satzung

zum Bebauungsplan "Dinkelberg II" der Gemeinde Östringen

I. Aufgrund § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGB1. I S. 341) .

- BBauG -, § 111 Abs. 1 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 6.4.1964 (Ges.B1. S.151) i.d.F. vom 20.6.1972 (Ges.B1. S.351)

- iBO - i.V. mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25.7.1955 (Ges.B1. S.129) i.d.F. vom 16.9.1974 (Ges.B1. S.373) hat der Gemeinderat der Gemeinde Östringen am 21.09.1976 den Bebauungsplan

"Dinkelberg II"

als Satzung beschlossen.

- II. For genehmigte Bebauungsplan wird mit der in § 12 BBauG vorgeschriebenen Bekanntmachung rechtsverbindlich, Gleichzeitig tritt der Bebauungsplan "West/Nordteil II. Bauabschnitt" vom 6.4.1967, genehmigt vom Landratsamt Bruchsal am 19.9.1967, außer Kraft.
- III. Bestandteile dieses Bebauungsplanes sind:

III.1 Brbauungsplan (Baulinienplan)		M 1 : 1000
mit Eintragung der Baugebiete, Masse der baulichen Nutzung, Baulinien und Baugrenzen	÷ .	(Anlage 2)
III.2 Bebauungsplan (Gestaltungsplan)		M 1 : 1000

III.2 Bebauungsplan	(Gestaltungsplan)	M 1 : 1000
	g der Grundstücke und der festge-	(Anlage 3)
	ng für die Wohngebäude und empfoh-	
lehen Rebauun	n filr die Garagen	

III.3 Längenschnitt der Nord- und Süd-Straße	M 1 : 500/100
Hebelstraße / Reinhold-Schneider-Straße	(Anlage 4)

III.4 Geländeschnitt A - A

M 1 : 500
(Anlage 5)

III.5 Die Festlegungen in den nachfolgenden §§ dieser Satzung

§ 1

der baulichen Nutzung

im Behauungsplan - Baulinienplan (Anlage 2) ausgewiesene Baugemiet wird gemäß § 1 BauNVO vom 26.6.1962 zum reinen Wohngebiet (WR) erklärt.

§ 2

Maß der baulichen Nutzung

- 2.1 In Anlehnung an § 17 BauNVO für das Baugebiet wird 2geschossige Bauweise zwingend vorgeschrieben.
- 2.2 Dic Grund- und Geschoßflächenzahl wird gemäß § 17 BauNVO wie folgt festgelegt:

Grundflächenzahl 0,4
Geschoßflächenzahl 0,7

§ 3

Rauweise

- 3.1 Für das gesamte Baugebiet ist die offene Bauweise festgesetzt.
- 3.2 Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch die im Baulinienplan (Anlage 2) eingetragenen Baulinien und Baugrenzen, sowie durch die - in der Landesbauordnung (LBO) festgesetzten - Grenzabstände definiert.

6 4

Gestaltung der Bauten

4.1 Die Grundflächenformen und die Gestaltung der Hauptgebäude bleiben freigestellt, soweit sie nicht in den vor- bzw. nachstehenden §§ eingeschränkt sind.

- 4.2 Als Dachformen sind Sattel- und Flachdach zugelassen. Die Dachneigung soll 30 Grand nicht überschreiten.
- 4.3 Die maximale Höhe der Gebäude wird wie folgt festgelegt:

 bei zweigeschossigen Wohngebäuden 6.00 m

 (für die Garagenhöhen gelten die landesrechtlichen Bestimmungen)

Die festgelegten Höhen werden von OK - Erdgeschoßdecke bis zur Schnitt-Linie der Umfassungswände mit der Dachfläche gemessen.

4.4 mckelhöhen

nie Gehäude sind so anzulegen, daß die OK - Erdgeschoßdecke mindestens ο,3ο m jedoch nicht mehr als 1.0 m über Straßenachse liegt.
Ausnahmen sind bei starker Längsneigung der Erschließungsstraßen zulässig.

§ 5

Garagen

- 5.1 Die lagemäßige Anordnung der Garagen ist mit nachfolgenden Einschränkungen freigestellt:
- 5.2 Grundsätzlich sind Garagen soweit von der Verkehrsfläche anzuordnen, daß ein Fahrzeug vor der Garage abgestellt werden kann, ohne öffentlichen Verkehrsraum in Anspruch zu nehmen.
- 5.3 Für die Garagen sind die ausgewiesenen Baulinien nicht verbindlich. Sie können nach Bedarf zurückgesetzt werden.
- 5.4 Fine Grenzbebauung ist zulässig.

§ 6

Vorgartengestaltung

6.1 Vorgärten müssen als Ziergärten angelegt und unterhalten werden .

6.2 Per Einfriedigung der Vorgärten soll in der Ausführung der Behauung bereglichen werden und sich architektonisch den Gebäuden anpassen.
Die Höhe der geschlossenen Einfriedigung bzw. die Sockelhöhe sollen ist municht überschreiten.

\$ 7

Ausnahmen

Bie Baurechtsbehörde kann im Einvernehmen mit der Gemeinde gemäß § 31 Ahs. 1 BBauG in begründeten Fällen folgende Ausnahmen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zulassen:

- 7.1 Ahweichung von der Firstrichtung der Wohngebäude bei Eckgrundstücken (Gestaltungsplan);
- 7.2 Alweichung von den Dachformen (§4.2);
- 7.3 Almeichung von der Gebäudehöhe (§ 4,3).



Der genehmigte Bebauungsplan hat in der Zeit vom

3. Dezember 1976 bis 17. Dezember 1976 während der üblichen Dienststünden beim Bürgermeisteramt Östringen – Ortsbauamt – öffentlich ausgelegen.

Auf diese Auflegung wurde durch satzungsgemäße Bekanntmachung (Veröffentlichung im Mitteilungsblatt "Östringer Gemeindenachrichten" vom 3.12.1976) hingewiesen.

dstringen, den.24. Jan. 1977

Bürgermeister



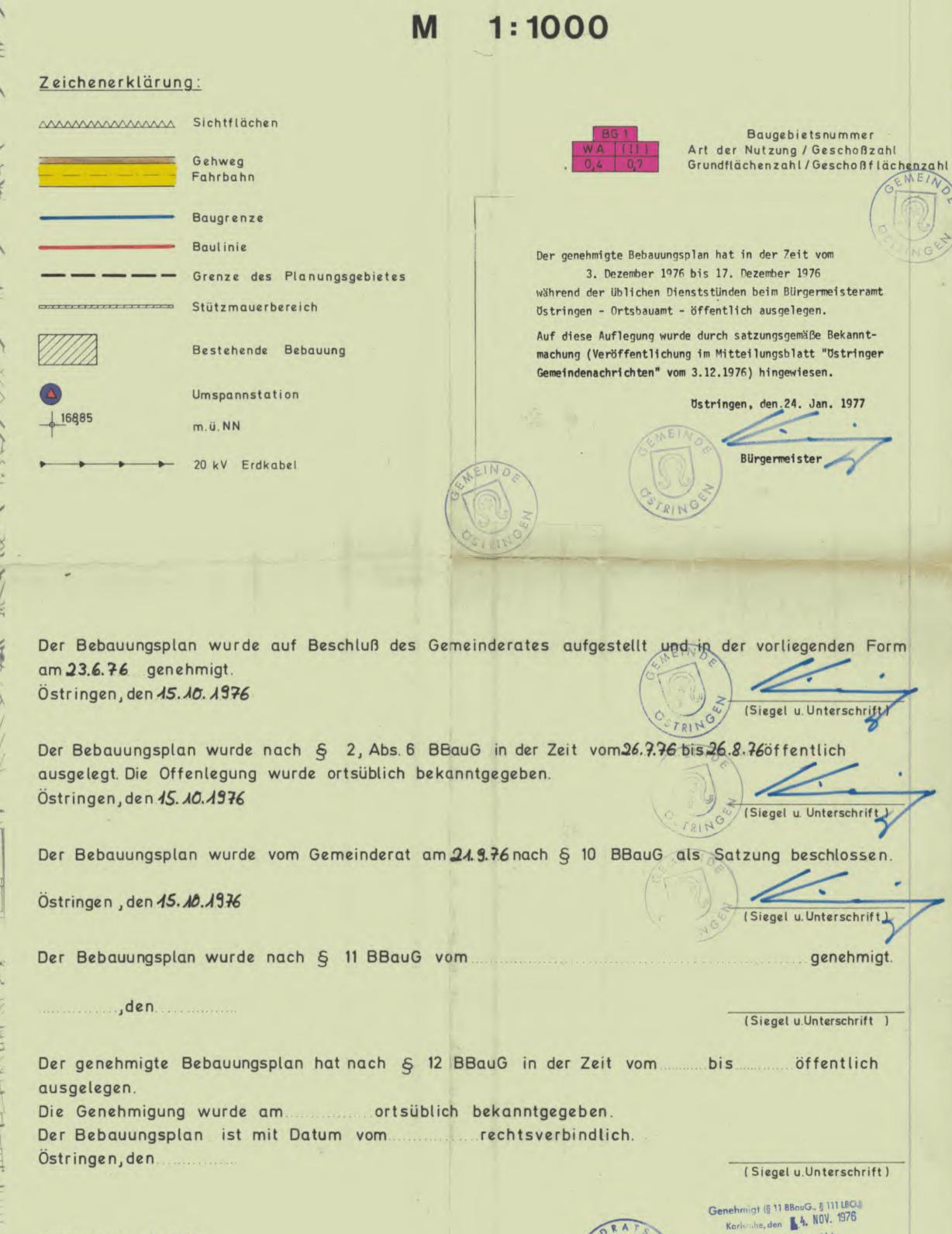
Landroisamt Karlsruhe-Abt.

2. FERTIGUNG

Anlage 2

GEMEINDE ÖSTRINGEN

BEBAUUNGSPLAN DINKELBERG II BAULINIENPLAN

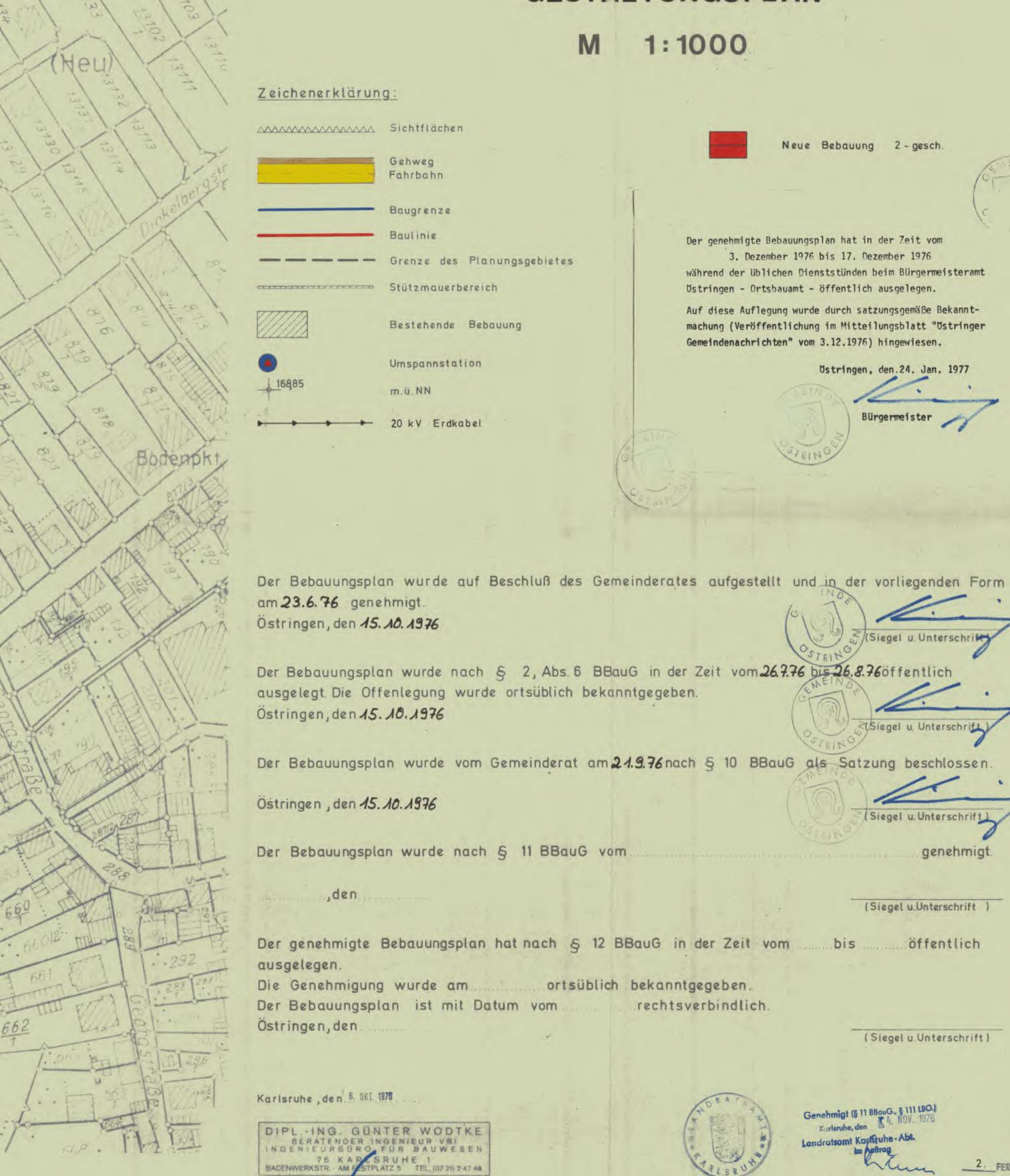


Karlsruhe, den . 6. OKT. 1976

DIPL.-ING. GÜNTER WODTKE BERATENDER INGENIEUR VBI INGENIEURBÜRO FÜR BAUWESEN

GEMEINDE ÖSTRINGEN BEBAUUNGSPLAN

DINKELBERG GESTALTUNGSPLAN



2. FERTIGUNG

Anlage 3

Begründung

zum Bebauungsplan "Dinkelberg II"

4.o Allgemeines

Für das ausgewiesene Neubaugebiet Dinkelberg II wurde bereits ein Bebauungsplan unter der Bezeichnung "West/Nordteil (2. Bauabschnitt)" aufgestellt und am 19.9.1967 genehmigt.

Aus formalen Gründen wird eine Oberarbeitung des Bebauungsplanes notwendig, der unter der Bezeichnung "Dinkelberg II" das gleiche Gebiet des seinerzeitigen Bebauungsplanes umfaßt.

2.o Verkehrstechnische Erschließung

Das Neubaugebiet wird von der Georgstraße über die Uhlandstraße und Hermann-Löns-Straße erschlossen. Die seinerzeit konzipierte Verlängerung der Hebelstraße in das Neubaugebiet, wurde aufgrund der topographischen Verhältnisse geändert und – um die ausgewiesenen Grundstücke optimal nutzen zu können – eine Stützmauer an dem vorhandenen Geländebruch angeordnet. Für Fußgänger ist innerhalb der Stützmauer eine Treppe zur Überwindung des Höhenunterschiedes angeordnet.

Bei der Planung wurde die Anbindung an das spätere Baugebiet "Dinkelberg West" durch Anordnung zweier Straßen vorgesehen.

3.o Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Trinkwasser erfolgt über einen Verteilerring, der über die Georgstraße und Hebelstraße aus dem Ortsnetz eingespeist wird.

Die Druckverhältnisse sind bei jedem Verbrauchszustand ausreichend.

Das Abwasser wird über eine Mischkanalisation zusammengefaßt und über die Hebelstraße der gemeindeeigenen mech.-biol.Kläranlage zugeführt.

Die Geländeformation zwingt dazu, den nördlichen Teil der Georgstraße, der Hölderlin-, Reinhold-Schneider- und der Hermann-Löns- Straße über ein Abwasserhebewerk in der Reinhold-Schneider-Straße zu entwässern.

4.0 Stromversorgung

Die Versorgung mit Elektrizität ist aus dem Ortsnetz sowie einer im Houbaugebiet befindlichen Transformatorenstation gesichert.

Ustringen, den 15. Oktober 1976

Kimling Bürgermeister